

Krieg im Abseits

Eine Akademienachlese zu „vergessenen Kriegen“ im Lichte von Ökonomie, Medien und Politik

Von Moritz Moser¹, Paul Riener² und Thomas Roithner³

Über Kriege und bewaffnete Konflikte im Irak, in Afghanistan oder in Israel-Palästina hören und lesen wir beinahe täglich, während jene in Pakistan, den Philippinen, Sri Lanka, im Kaukasus, in Algerien, Westsahara, im Kongo oder in Lateinamerika kaum in den aktuellen Schlagzeilen der Auslandsberichterstattung vorkommen. Die 27. Internationale Sommerakademie des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung (ÖSFK) vom 4. bis 9. Juli 2010 drehte sich um jene „vergessenen Kriege“, die sich als Duell um Ökonomie, Medien und Politik gleichsam zwischen Schatten und Licht abspielen. Wer gewinnt, wer verliert dabei? Und was kann getan werden?

Beinahe 400 Besucherinnen und Besucher konnten im Laufe dieser Akademiewoche auf Burg Schlaining – im 15. Jahrhundert im Besitz des Söldnerführers Andreas Baumkircher – begrüßt werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlichster universitärer und außeruniversitärer Einrichtungen, aus den Bereichen Journalismus, Militär, humanitären und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen und think tanks analysierten Ursachen, Zusammenhänge und Perspektiven. Erfreulich viele Medien folgten der Akademie und berichteten über die Inhalte im Fernsehen, im Radio, Tages- und Wochenzeitungen, online und in zahlreichen Fachzeitschriften über die Ergebnisse der Schlaininger Sommerakademie. Auch wenn viele Journalistinnen und Journalisten die Sperrigkeit und mangelnde Medientauglichkeit des Themas vorab beklagten, so war das Interesse im Zuge der Akademie erfreulich groß.

¹ Moritz Moser ist Politikwissenschaftler und Praktikant im Wiener Büro des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung.

² Paul Riener ist Student der Politikwissenschaft und der hispanischen Philologie an der Universität Wien und Praktikant im Wiener Büro des Österreichischen Studienzentrums für Frieden und Konfliktlösung.

³ Thomas Roithner ist Wissenschaftler am Österreichischen Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung und seit dem Jahr 2000 Koordinator der Internationalen Sommerakademie.

„Vergessene“ und verdrängte Kriege

In seinen einleitenden Worten ging Thomas Roithner dabei auf die Frage ein, was die Wissenschaft definitorisch unter Krieg versteht und welche jener 26 Kriege und acht bewaffneten Konflikte, die die Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung (AKUF) der Universität Hamburg zur Zeit zählt, die Öffentlichkeit tatsächlich als solche wahrnimmt.

Der Präsident des ÖSFK Gerald Mader verwies in seiner Ansprache auf die Geschichte des Instituts und stellte als dessen Ziel die Abschaffung des Krieges als politisches Mittel dar. Aggressionskriege müssten der Vergangenheit angehören, ein relativer Pazifismus, der nur die Selbstverteidigung bei tatsächlichen Angriffshandlungen gestatte, solle zur künftigen Handlungsmaxime weltweiter Sicherheitspolitik werden. Diese habe sich nicht am Status quo zu orientieren, sondern ein Handeln hin zur Veränderung anzustreben.

Der burgenländische Landesrat Peter Rezar strich in seiner Eröffnungsrede die zunehmende Bedeutung der Friedensforschung hervor und verwies auf die über 60jährige Friedensperiode die nun in Österreich herrsche. Es gebe immer noch Kriege die für uns nicht stattfänden, weil durch sie keine ökonomischen oder strategischen Interessen des Westens bedroht seien: „Sie finden nicht statt, weil es ‚nur‘ um Menschen geht“, so Rezar. Die europäische Öffentlichkeit sperre diese Kriege dabei so aus wie die Flüchtlinge, die sie verursachen. Daher sei die Friedenssicherung in den Vordergrund zu stellen, damit diese Menschen ihre Heimat gar nicht erst verlassen müssten. Der Friedensgeist müsse sich verbreiten und gelebt werden. Schlaining betreibe in diesem Sinne Zukunftssicherung. Im Anschluss an die festliche Eröffnung lud das Land Burgenland zu einem Empfang in der Rittersaal.

Elmar Altvaters (Freie Universität Berlin) Festvortrag mit dem Titel „Wenn die Weltordnung nicht auf dem Spiel steht... Die verdrängten und ‚vergessenen‘ kleinen Kriege unserer Zeit“ widmete sich schließlich der Frage nach der Entwicklung der Weltordnung seit Ende des Kalten Krieges – die er als Weltunordnung darstellte – und der Unterscheidbarkeit von so genannten kleinen und großen Kriegen.

Unkontrollierte Märkte und organisiertes Verbrechen seien Kollateralfolgen des Krieges. Letztlich sei auch die Ölverschmutzung im Golf von Mexiko eine Auswirkung der Weltunordnung. Zwar habe US-Präsident George H.W. Bush nach dem zweiten

Golfkrieg noch eine neue Weltordnung ausgerufen, von dieser sei aber nur wenig übrig geblieben. Eine solche Hegemonialordnung müsse nämlich auf Zwang und Konsens gleichermaßen beruhen. Der Versuch von George W. Bush, auch den Konsens zu erzwingen, sei daher zum Scheitern verurteilt gewesen. Bedenklich sei die Entwicklung, nach der nichtstaatliche Gewalt immer mehr zunehme und zu einer Entzivilisierung des Staates führe. Staatlichkeit werde unternehmerisch erzeugt, wenn sie nicht nach westlichen Standards entstehe. Der Vergleich mit der „East India Trading Company“ dränge sich dabei auf.

Kriege prägten die Menschen, wie Krisen generell. Kriege würden daher leicht vergessen und verdrängt. Eine Rolle spiele dabei etwa die Frage, wann ein Krieg – wie der so genannte „Krieg gegen den Terrorismus“ – denn tatsächlich beendet sei. Nichts sei etwa falscher gewesen als die Protzerei George W. Bushs über das vermeintliche Ende des Irakkrieges. In dessen Kriegsstrategie habe auch die Vorstellung Kants des „ungerechten Feindes“ – etwa in der Diktion von „Schurkenstaaten“ – eine wesentliche Rolle gespielt. Das Stigma des Schurkenstaates treffe dabei auch schon jene Staaten, die das organisierte Verbrechen auf ihrem Territorium nicht zu bekämpfen vermöchten. Dabei würde organisierte Kriminalität gerade durch die vom Westen vorangetriebene Globalisierung begünstigt. Der naziaffine Carl Schmitt habe gar den Präventivkrieg als einen mehr als gerechten Krieg, ja als Kreuzzug bezeichnet. Kant selbst habe die Theorie in der Ansicht kumuliert, dass gegen einen ungerechten Feind unser Recht keine Grenzen kenne. Dabei sei das Verhalten der als „ungerechte Feinde“ titulierten Gegner nicht immer von jenem ihres Gegenparts zu unterscheiden. Altvater zitierte hierbei Augustinus nach Oskar Negt, der ein Gespräch zwischen Alexander dem Großen und einem Piraten wiedergab, in dem letzterer nach dem Unterschied zwischen der Freibeuterei mit einem Schiff und der Kriegsführung mit einer ganzen Flotte fragte.

Zum Unterschied zwischen so genannten großen und kleinen Kriegen meinte Altvater, dass auch erstere nur eine Aneinanderreihung kleiner Scharmützel seien. So genannte kleine Kriege würden gezielt unterhalb der Wahrnehmungsschwelle gehalten oder semantisch zu Nichtkriegen kleingeredet, auch wenn sie zum Teil mehr Opfer hätten als die klassischen großen Kriege. Diese Strategie führe etwa auch dazu, dass Häftlingen in Guantanamo keine Rechtspersönlichkeit zugestanden

werde. Für sie gelte etwa die „Habeas Corpus Akte“ nicht. Sie seien mit den Vogelfreien des Mittelalters vergleichbar.

Bei den US-amerikanischen Drohnenangriffen in Pakistan würden die Täter ohne ordentliches Gerichtsverfahren hingerichtet, was für die Ausführenden ohne juristische Folgen bleibe. Die zivilen Opfer dieser Attacken seien „hilflos, rechtlos, lautlos und der technisch immer weiter perfektionierten Militärmaschinerie ausgeliefert“. So seien etwa die Angriffe auf Hochzeitsgesellschaften tatsächlich ungesühnte Morde, für die Ausführenden selbst aber nichts anderes als „war porn“.

Eine weitere Verantwortung des Westens sah der Referent in dessen Lebensart, die Ressourcenkonflikte verursache. Dadurch würden die einfachsten Gegenstände unseres Alltagslebens zu Kriegsprodukten. Die Globalisierung habe dabei zwar die Distanzen verringert, die Ignoranz sei gleichzeitig aber gestiegen. Der Rücktritt des deutschen Bundespräsidenten Horst Köhler habe gezeigt, dass Phrasen wie „Verteidigung der deutschen Freiheit am Hindukusch“ oder „Frauenbefreiung in Afghanistan“ nur den tatsächlichen ökonomischen Gründen vorgeschoben seien. Dabei sei die Ansicht, dass Demokratien für den Frieden prädestiniert seien nicht zutreffend. Der Staat sei schließlich ein Feld der Auseinandersetzung verschiedener Kräfte.

Abschließend skizzierte Altvater die seiner Meinung nach notwendigen Maßnahmen zur Friedenssicherung: Der Drohnenkrieg müsse unterbunden werden, er sei verbrecherisch wie das Verlegen von Landminen und zerstöre die rechtstaatliche Ordnung. Der Raubbau an der Natur müsse ein Ende finden. Friede schließe auch den Frieden des Menschen mit der Natur ein. Der Übergang zu einer solaren Gesellschaft sei daher notwendig. Wichtig sei auch die Bekämpfung der organisierten Kriminalität die unter anderem durch eine Regulierung der Märkte und das Verbot mancher Geschäfte zu erreichen sei. Schließlich müsse die Kategorie des ungerechten Feindes abgeschafft werden. Ihm sei bewusst, so Altvater, dass dies einen radikalen, utopischen Wegwechsel erfordern würde, er sehe diese Vorschläge aber als Wegweiser aus der Sackgasse.

Politik und Ökonomie der „vergessenen Kriege“

Peter Lock (European Association for Research on Transformation) ging in seinem Vortrag „Kriege und Gewalt im Schatten der Medien oder die Veralltäglichung kriegerischer Gewalt als Regulation neoliberaler Globalisierung“ zunächst auf die

Notwendigkeit des Staates als politischer Akteur ein, der vielfach unterschätzt und vernachlässigt werde. Dieser benötige für seine Funktionstüchtigkeit die Möglichkeit zur Einhebung von Steuern und müsse außerdem die Verschiedenartigkeit seiner Bevölkerung akzeptieren. Die Durchsetzung neoliberaler Prinzipien, etwa in Afrika, befördere dabei nicht nur die Entstaatlichung, sondern auch die Entsolidarisierung der Gesellschaften. Einerseits würden die betroffenen Staaten zur Minimierung ihrer Steuerquote gezwungen, andererseits erhielten sie dann Budgethilfen durch den Westen. Dies führe zur Herausbildung von fremdfinanzierten Kolonialstaaten, in denen bestimmte Eliten eine zukunftslose Politik betrieben.

Käme es dennoch nicht zu einer politischen Intervention, sondern zu einer militärischen Invasion durch den Westen, so führe diese einerseits zu einer „Verstraßung“ des besetzten Territoriums, die eine Öffnung für Investoren beinhalte, andererseits komme es auch zu einer „Verpuffung“, also Bordellisierung des Gebietes, welche auch durchaus strategische Komponenten beinhalte. Die Überlebenselastizität der örtlichen Bevölkerung nehme durch diese Begleiterscheinungen drastisch ab, was auch durch fortschreitende Urbanisierung bedingt werde. Vor allem für große Städte seien solche Invasionen existenzbedrohend, da diese einen „just in time“-Lebensstil führten, der durch die militärischen Aktionen unterbrochen würde. Folge sei ein Zusammenbruch der Versorgungskette dieser Metropolen, was enorme humanitäre Katastrophen zur Folge haben könne.

Lock strich weiters hervor, dass die Qualität der Staatlichkeit eine wesentliche Rolle bei der Friedenserhaltung und der innerstaatlichen Stabilität spiele. Moderne Staatlichkeit ließe sich in diesem Sinne in drei Sektoren unterteilen. Im ersten Sektor finanziere sich der Staat erfolgreich über Steuern und gewähre seinen Bürgerinnen und Bürgern Schutz durch Recht. Der zweite Sektor sei informell und Steuern würden nur mittelbar erhoben. In solchen Gesellschaften seien die Kinder schlechter gestellt als ihre Eltern es waren. Der dritte Sektor sei von Kriminalität geprägt und ökonomische Transaktionen erfolgten in weiten Bereichen aufgrund von Gewaltandrohung. Die Dominanz krimineller Strukturen verhindere dabei Akkumulationen und befördere zusätzlich die Arbeitsmigration. So lebten etwa 20 % der arbeitsfähigen Bevölkerung der Philippinen im Ausland.

Als problemlösende Ansatzpunkte stellte der Referent die Bekämpfung der Drogenkriminalität durch Legalisierung, die Akzeptanz der Relevanz des Terroristen

als politische Person, die Einstellung der Fundamentalkritik an der Staatlichkeit durch die NGOs und die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols auch gegenüber innergesellschaftlichen Gruppen, die versuchten sich abzuschotten, vor.

Jochen Hippler vom Institut für Entwicklung und Frieden (INEF) der Universität Duisburg-Essen präsentierte sein Vortragsthema „Verdrängte und ‚vergessene Kriege‘. Politische und ökonomische Ursachen“ unter der Moderation von Annette Scheiner (Journalistin und Medientrainerin) anhand des Beispiels von Pakistan. Der oft so titulierte „Krieg in Pakistan“ bestehe tatsächlich aus vier bis fünf von einander weitgehend unabhängigen Konflikten. Dazu zählte er den ethnischen Bürgerkrieg in Karatschi, den Konflikt zwischen Sunniten und Schiiten, den nationalen Befreiungskrieg in Belutschistan, den grenzüberschreitenden Krieg in der Nordwestprovinz und den Konflikt mit Indien um Kaschmir. Es sei unbegreiflich wie diese bewaffneten Geschehen in Pakistan überhaupt „in Vergessenheit“ geraten können. Schließlich handle es sich bei Pakistan um eine strategisch wichtige Region, ein großes Land mit über 170 Millionen Menschen und eine Nuklearmacht. Zudem befänden sich mehrere Millionen pakistanische Migrantinnen und Migranten im Westen. Die Bedeutung des Landes könne daher eigentlich gar nicht überschätzt werden. Einerseits würde zwar eine gewollte Hysterie erzeugt, in der Pakistan etwa als „most dangerous country“ dargestellt werde, andererseits seien die genannten Konflikte für die Öffentlichkeit im Westen kaum bekannt.

Jochen Hippler machte in der Folge Gründe für das relative Vergessen der pakistanischen Krisenherde aus: Diese könnten vom Westen schlichtweg „verpennt“ worden sein. Es bestehe aber auch die Möglichkeit, dass man sie lediglich ignorieren und verdränge. Eine weitere Erklärungsmöglichkeit sei angestrebte Diskretion um weiterhin einen der Öffentlichkeit im Wesentlichen verborgenen „Geheimkrieg“ führen zu können. Möglich seien auch eine Vereinfachung und Konfliktentsorgung durch Komplexitätsreduktion oder eine absichtliche Verzerrung um einen „Krieg gegen den Terrorismus“ weiter rechtfertigen zu können. Bisher habe man Pakistan nur als Hilfsinstrument im Afghanistankrieg wahrgenommen, dabei sei es jedoch strategisch bei weitem wichtiger als sein westlicher Nachbar.

„Vergessen im Mittelmeer“

Die abendliche Diskussionsrunde unter der Leitung von Wolfgang Machreich mit Hanna Orthofer (burgenländische Flüchtlingsbetreuerin), Elias Bierdel (ÖSFK, *borderline europe*) und Gunther Hauser (Landesverteidigungsakademie) debattierte das Thema „Vergessen‘ im Mittelmeer? ‚Festung Europa‘ – Ursachen, Folgen und Alternativen“, wobei das Hauptaugenmerk auf der Abschottungspolitik der Europäischen Union und ihrer Grenzsicherungsmission FRONTEX lag. Bierdel verwies auf die unmenschliche Vorgangsweise der Marineeinheiten und Küstenwachen der EU-Mitgliedsstaaten im Mittelmeer und verlangte eine gemeinsame Asylpolitik der Union. Orthofer ging auf die strenge österreichische Asylgesetzgebung und die langen Verfahrensdauern bis zu rechtskräftigen Entscheidungen ein. Hauser wiederum bedauerte das menschliche Leid, das durch Schlepperei und unzureichende humanitäre Maßnahmen entstehe, bezeichnete aber gleichzeitig die Einwanderungsregulierung als unumgängliche Notwendigkeit. Er relativierte die Bedeutung der FRONTEX in der Grenzsicherung und nannte das Fehlen einer gemeinschaftlichen Einwanderungs- und Asylpolitik ein Defizit der Unionspolitik. Letztendlich sei die menschliche Katastrophe im Mittelmeer nur über entwicklungspolitische Ansätze in den Herkunftsländern der Flüchtlinge zu erreichen.

Medien zum „Vergessen“?

Andreas Zumach meinte in seinem Vortrag mit dem Titel „Nichts sehen, nicht hören, nichts lesen – warum die Medien bestimmte Kriege ‚vergessen‘ und nicht mehr darüber berichten“ es gebe keine klare Antwort auf die Frage, warum gewisse Kriege „vergessen“ würden. Vielmehr könne man nur Trendangaben machen sowie Rahmenbedingungen und Gesetzmäßigkeiten herausarbeiten. Es gebe keinen zentralen bösen Zensor. Überhaupt könne eigentlich nur etwas vergessen werden, an das bereits gedacht worden sei. Viele Kriege und Konflikte seien daher gar nicht „vergessen“, weil nie oder kaum über sie berichtet worden sei. Die zentrale Frage im Zusammenhang mit Medien und Krieg sei, was Berichterstattung überhaupt leisten könne. Das Kriegsbild der Medien sei letztlich auch nur vermittelt. Zumach zitierte dazu den polnischen Literaten Ryszard Kapuściński, der geschrieben hatte: „Der Krieg ist nur für jene eine Wirklichkeit, die in seinem blutigen, abstoßenden, schmutzigen Inneren sitzen.“

Der Referent, Buchautor und Journalist am UN-Standort in Genf, stellte weiters die Frage in den Raum, ob es im Internetzeitalter überhaupt noch vergessene Kriege

geben könne. Die online veröffentlichten Informationen seien aber nur scheinbar für jede und jeden zugänglich. Es bestehe weiterhin ein enormes Nord-Süd-Gefälle was den Zugang zum Internet betreffe und die meisten Menschen informierten sich weiterhin über die klassischen Medien. Auch diejenigen, die ihre Nachrichten über das Internet bezögen, täten dies vorzugsweise über die Seiten der alten Medien, wie etwa „Spiegel online“. Zudem sei der Medienfokus nicht überall derselbe. So habe zum Beispiel das mediale Interesse in den USA und Europa andere Schwerpunkte. Daher seien auch nicht alle Konflikte überall gleichermaßen „vergessen“.

Da die Außenpolitik und die Sicherheitspolitik sozusagen ein Exekutivprivileg der Regierungen ohne maßgebliche parlamentarische Mitsprache sei, sei die Berichterstattung der heimischen Medien stark vom Interesse der eigenen Regierung abhängig. Ein Großteil der jeweiligen Inlandsmedien sei daher „Teil der eigenen Front“. Sie übernähmen schlichtweg die Regierungspositionen. Daher stelle sich wiederum die Frage, was wir von Kriegen denn tatsächlich erfahren, wenn über sie berichtet wird. Im Afghanistankrieg habe die Berichterstattung im Wesentlichen erst eingesetzt, als Kabul eingenommen worden sei. Genauso wenig sei über das so genannte „Entenschießen“ im II. Golfkrieg – Tötung von im Rückzug begriffenen irakischer Soldaten von US-amerikanischen Hubschrauberbesatzungen – oder die „Ausräucherung“ Falludschas im Irak berichtet worden. Die Militärs hätten aus dem Vietnamkrieg gelernt, der als erster Medienkrieg durch die negative Berichterstattung in den USA mitentschieden worden sei. Eine Konsequenz daraus sei der so genannte „embedded journalism“, in dem das Pentagon den Journalistinnen und Journalisten Knebelverträge für Exklusivberichterstattung anbiete. Letztlich sei die Entscheidung, wie und ob über einen Konflikt berichtet wird, auch eine ökonomische. Dabei seien die Fragen nach Einschaltquoten und Profit nicht unwesentlich.

Martin Staudinger, Außenpolitikreporter des Wochenmagazins „Profil“, führte anhand des Unabhängigkeitskrieges der Karen in Burma zentrale Gründe an, die zum „Vergessen“ von Kriegen führen. So sei das Siedlungsgebiet dieses Bergvolkes unzugänglich, der Konflikt verfüge über keine Identifikationsfigur, biete keine einfache Geschichte und berge auch sonst keinen Ansatz für westliches Interesse. Der verbreitete Glaube, dass Medien vorwiegend über Grausamkeiten berichteten, treffe aber dennoch nur bedingt zu. Ab einer gewissen Stufe der Kriegsgräuel käme es gewissermaßen zur Selbstzensur. Außerdem korreliere das Ausmaß eines Konfliktes keineswegs mit dem Maß der Berichterstattung. Als Beispiel führte

Staudinger Opferzahlen, Ausdehnung und Dauer der Konflikte im Kongo und in Darfur an. Letzterer habe eine einfache Geschichte mit klar aufgeteilten Rollen von „Gut“ und „Böse“ geboten. Ersterer sei einfach zu umfangreich und zu kompliziert. Medien wählten Themen vorwiegend nach Eigennutz, Ressourcen und den Vorlieben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus. Außerdem sei, so Staudinger, mit gewissen Nachrichten hierzulande kein Geld zu verdienen: „Mit Auslandsberichterstattung verkauft man in Österreich keine Zeitung mehr als sonst“. Ausnahmen bildeten dabei höchstens Katastrophen wie der Tsunami von 2004 in Ostasien. Außerdem leide der Auslandsjournalismus unter der schrumpfenden Zahl an Korrespondentinnen und Korrespondenten und der durch den „embedded journalism“ verzerrten Berichterstattung. Durch diesen Vormittag führte Walter Fikisz von martinus, der Kirchenzeitung der Diözese Eisenstadt.

Analysen aus der Staaten- und Gesellschaftsstruktur

Norman Paech ging in seinem Vortrag mit dem Titel „Zwischen Frieden und Krieg. In den Grauzonen des Völkerrechts“ zunächst der Frage nach, was überhaupt Krieg sei beziehungsweise ob es neue Kriege gebe. Clausewitz definiere den Krieg über das Vorhandensein von Gegenwehr. Die Asymmetrie der so genannten neuen Kriege sei jedoch nichts wirklich Neues. Der Kapitalismus, so Paech, trage den Krieg in sich wie die Wolken den Regen. Die völkerrechtlichen Grundlagen des Krieges fänden sich wiederum hauptsächlich in der UN-Charta und im humanitären Völkerrecht.

Der Referent, emeritierter Völkerrechtler der Universität Hamburg und ehemaliger Bundestagsabgeordneter, kritisierte in der Folge den Legitimationsversuch von völkerrechtswidrigen Militäraktionen mit dem Schlagwort „humanitäre Intervention“. Dies sei ein Versuch, internationales Recht dauerhaft aufzuweichen. „Wenn man einmal eine Bresche in die Interpretation von Recht geschlagen hat, wird versucht, sie immer weiter auszudehnen.“ So werde etwa die Erstreckung des Selbstverteidigungsrechtes auf Präventivkriege durch eine unzulässige teleologische Reduktion des Gewaltverbotes gerechtfertigt.

Paech ging weiters der Frage nach, in wie weit verschiedene Reformversuche der Völkerrechtsordnung als zielführend zu betrachten sind und kritisierte dabei etwa den Versuch mittels einer „league of democracies“ Russland und China als Gesprächspartner international zu isolieren. Schließlich legte er anhand des Gaza-Konflikts die Völkerrechtsverletzungen beider Seiten dar. Der Einsatz von Waffen

gegen zivile Ziele, gezielte Tötungen, die Verletzung der Versorgungspflicht der Zivilbevölkerung in besetzten Gebieten und die Blockade humanitärer Missionen seien dabei klare Verstöße gegen geltende internationale Normen. Das Recht, so Paech abschließend, sei ja schon weit entwickelt, die Politik müsse es nur endlich einhalten.

Vlasta Jalušič referierte unter der Moderation der ORF-Journalistin Cornelia Krebs über „Gewaltsame Schnittpunkte von Klasse, Rasse, Geschlecht und Religion. ‚Vergessene Kriege‘ und kollektive Gewalt im ehemaligen Jugoslawien und in Ruanda“ und stellte zunächst fest, dass Kriege heute schon vergessen würden, bevor sie überhaupt vorbei seien. Außerdem sei die Rolle von Geschlecht und Ethnizität in vielen Konflikten bedeutender als oft angenommen. Als Beispiel führte sie den Krieg in Bosnien und Herzegowina an, wo eine – bereits im Kosovo erprobte – „Vergewaltigungspolitik“ eingesetzt worden sei. Gleichzeitig sei die Definition als Ethnie zur Opferdefinition geworden. Jedes Volk stelle sich als jenes dar, das am meisten gelitten habe. Sexuelle Gewalt nehme in ethnischen Konflikten daher eine Schlüsselrolle ein, weil sie als Brutalität gegen ein ganzes Volk eingesetzt werde. Die Frau als Hüterin der Tradition sei ein prädestiniertes Opfer.

Am Beispiel Ruandas ging Jalušič – Gründerin des Peace-Institute in Ljubljana und Professorin der Universitäten in Koper und Ljubljana – auf die Prozesse der Konstruktion ethnischer Identitäten und das Entstehen von Feindbildern ein. So seien vor und während des Bürgerkrieges den Hutus als „Einheimischen“ die Tutsis als „Fremde“ gegenübergestellt worden. Dadurch sei es zur Rassialisierung ursprünglich sozioökonomischer Eigenschaften gekommen. Aufgrund der so genannten „Hutugebote“ sei es zudem zur sexistischen Abgrenzung gegenüber den Tutsis gekommen. Von den Völkermorden in Ruanda und Bosnien seien uns die Massentötungen, Massenvergewaltigungen und ethnischen Säuberungen in Erinnerung geblieben. Vergessen worden sei hingegen, dass die Genozide unerwartet begonnen hätten, in Wirklichkeit keine ethnopolitischen sondern rassistische Gründe im Vordergrund gestanden hätten, das Geschlecht ein wesentlicher Konzeptionalisierungspunkt der Völkermorde gewesen sei, Religionsgemeinschaften zur Konfliktverschärfung wesentlich beigetragen hätten und dass es eine gesellschaftliche Gesamtverantwortung gegeben habe und keine bloße Schuld der Eliten. „Vergessene Kriege“ bildeten dabei einen Rahmen in dem

bestimmte Akteure außerhalb von Recht und Gesetz handeln könnten. Sie brächten nichtkriegerische Ereignisse mit sich, die schlimmer seien als der Krieg selbst.

Aus den Augen – aus dem Sinn? Beispiel Lateinamerika

Daniel Brombacher (Stiftung Wissenschaft und Politik, SWP) beschrieb in seinem Vortrag unter der Leitung von Johannes Marlovits (ORF-Korrespondent in Berlin) das kriegsähnliche Vorgehen des organisierten Verbrechens in Lateinamerika und dessen wirtschaftliche Interessen. Die Mordrate in Mexiko übersteige mittlerweile die Zahl der zivilen Opfer im Afghanistankrieg um das Dreifache. Auch andere Länder der Region hätten ähnlich hohe Raten von Tötungsdelikten. Ursachen seien dabei das soziale Ungleichgewicht, Lost-Conflict-Konfigurationen, fragile Staatlichkeit, die Straflosigkeit, die Verfügbarkeit von Waffen, das Bamentum sowie schließlich das organisierte Verbrechen selbst. Dieses könne nicht ohne Unsicherheitsgerierung funktionieren und habe zwei Handlungslogiken: Den Kampf gegen andere Verbrechenssyndikate und den Kampf gegen den Staat. Finanzierungsmotor des organisierten Verbrechens in Lateinamerika sei die illegale Drogenwirtschaft. Die andauernde Gewalt zwischen und rund um diese Organisationen resultiere aus der Tatsache, dass es am illegalen Markt keine Rechtssicherheit gebe, Vertrauen nur sehr gering ausgeprägt sei und organisationsintern oft keine Nachfolgeregelungen bestünden. Man könne als Gewaltformen die regulative – zwischen den Verbrechensorganisationen – und die kommunikative Gewalt – etwa Morde zur Abschreckung – unterscheiden. Lateinamerika sei heute die gewalttätigste Region der Welt, gemessen an den Mordraten.

Wer tötet wen?

Werner Ruf von der Universität Kassel trug zum Thema „Wer tötet wen? Unübersichtlichkeiten und Interessen im algerischen Bürgerkrieg“ vor, indem er zunächst einen historischen Abriss über die Gewaltgeschichte des Algerienkonfliktes bot. Frankreich habe Enteignung, Vertreibung und Folter in Algerien gebilligt und betrieben. Die Religion sei während des Unabhängigkeitskrieges zum maßgeblichen Identitätsfaktor geworden. Nach der Loslösung von Frankreich habe sich daher ein strenger Staatsislam etabliert. Algerien sei heute ein Rentenstaat für den die Erlöse aus dem Erdöl- und Erdgasexport 90 % des Staatseinkommens ausmachten. Die Landwirtschaft liege darnieder, Industrialisierungsversuche seien gescheitert und die

Korruption endemisch. Als klar geworden sei, dass die Islamische Heilsfront (franz. Front islamique du Salut – FIS) die ersten freien Wahlen 1992 mit Zweidrittelmehrheit gewinnen würde, habe das Militär geputscht und den Ausnahmezustand verhängt. Daraufhin seien 20.000 Mandatsträgerinnen und -träger sowie Sympathisantinnen und Sympathisanten der FIS in Konzentrationslager in der Wüste gebracht worden. Der folgende Bürgerkrieg habe Massaker mit sich gebracht, die teils direkt in der Nähe von Kasernen stattgefunden hätten, von den Militärs aber ignoriert und dann den Islamisten zugeschrieben worden seien. Etliche Morde und Entführungen seien dabei aber vom Militär beziehungsweise vom Geheimdienst durchgeführt oder beauftragt worden. In der Folge habe der Staat jedoch die Kontrolle über die von ihm unterstützten Terrororganisationen verloren. Zur Beendigung des Bürgerkrieges sei minderbelasteten Kämpferinnen und Kämpfern die Rückkehr ins Zivilleben ermöglicht, das Militär aber von der Strafverfolgung ausgenommen worden. Eine regimekritische Thematisierung des Krieges, der als „nationale Tragödie“ bezeichnet werde, sei mittlerweile sogar strafbar.

Vom „vergessenen Krieg“ zum umfassenden Frieden

Angelika Spelten (Institut für Entwicklung und Frieden sowie Plattform zivile Konfliktbearbeitung) hielt am letzten Tag der Akademie einen Vortrag mit dem Titel „Not all actions fit at all times. Möglichkeiten und Methoden der zivilen Krisenprävention“, in dem sie zuerst einen statistischen Überblick über das Kriegsgeschehen seit 1945 präsentierte, aus dem ersichtlich wurde, dass eben jene Staaten, die Kriegserfahrungen machen mussten, auch einen Großteil der Kriegslasten tragen. Danach ging Spelten auf die Optionen ziviler Ansätze in der Kriegsprävention ein. Für diese bestünden Rahmenbedingungen, die für sie relevant, aber kaum beeinflussbar seien. Dazu zählten die geostrategische Relevanz sowie die bisherige Geschichte des jeweiligen Konfliktes und die grundsätzliche Konfliktbearbeitungskompetenz des betroffenen Staates. Der letzte Schritt von der Beendigung der Gewalt hin zur Friedensarbeit werde jedoch in der Regel nicht von zivilgesellschaftlichen Akteuren gesetzt. Diese machten jedoch Druck auf die politisch Verantwortlichen. Sie seien außerdem wesentlich, um Schutz vor Gewalt zu bieten, Menschenrechtsbeobachtung zu leisten, Lobbyarbeit zu erbringen, die Sozialisierung zu Friedens- und Demokratiewerten voranzutreiben, den sozialen Zusammenhalt zwischen verschiedenen Gruppen zu stärken, die Dialogförderung zu

forcieren und an „Entry points“ für die Friedensbildung mitzuarbeiten. Die Rolle der zivilen Akteure sei daher nicht unwesentlich, aber dennoch eingeschränkt.

Claudia Haydt (Informationsstelle Militarisierung, Tübingen) sprach abschließend unter der Leitung von Thomas Bergmayr (Journalist bei derstandard.at) über „Strategien gegen das ‚Vergessen‘ – Öffentliche Aufmerksamkeit und die Chance für erfolgreiche Bearbeitung von Konflikten“. Zu Beginn zitierte sie Berthold Bodo Flaig, der unter anderem gesagt hatte, dass „Krieg [...] fernsehgerechter als Frieden“ sei. Eine Medialisierung habe bereits seit dem Krimkrieg stattgefunden, wobei regional unterschiedliche Aufmerksamkeiten, die globale Aufmerksamkeit und die mobilisierte Diaspora als Öffentlichkeitsformen zu unterscheiden seien. Die Aufmerksamkeit sei dabei zweischneidig und trüge nicht immer zur Konfliktlösung bei. Der von der Öffentlichkeit relativ unbemerkten Präventionsarbeit sei jedoch besonderes Gewicht zuzumessen. Zudem sei häufig eine Irrationalisierung von Wahrnehmung festzustellen. Kriege würden auf Ethnien, Religionen oder Ideologien reduziert, Widerstand beinahe pauschal als Terrorismus abgekanzelt. Strukturelle Gewalt werde zudem ausgeblendet, Reaktionen auf diese aber als Problem selbst wahrgenommen. Externe Wahrnehmungsmechanismen könnten daher das Finden von Lösungsansätzen erschweren. Die Weigerung mit Terroristen zu verhandeln werde so etwa zum Problem, wenn man einen Gegner vorher als solchen kategorisiert habe. Die eigene Ideologie stünde zu oft im Vordergrund. Ein hoher Ideologiegehalt bedeute aber auch häufig das Ende einer Diskussion. Es sei daher auch wichtig genauer hinzusehen.

Workshops

Nachmittags fanden sich die Besucherinnen und Besucher der Akademie nach einer erholsamen Mittagspause in einem der parallel die ganze Woche hindurch stattfindenden Workshops zusammen, um an unterschiedlichen Aspekten im Kontext von „vergessenen Kriegen“ weiterzuarbeiten. Im Integrativworkshop von Peter Strutynski (Universität Kassel) wurde die Möglichkeit eröffnet, die Themen der Vormittage unter Beteiligung der Vortragenden tiefergehend zu debattieren und um offene Fragen zu klären. Wolfgang Schreiber (Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung, Hamburg) erörterte an den Nachmittagen mit der Gruppe die Frage, wie Kriege enden und ob sich Kriegsbeendigungen von „bekannten“ und „unbekannten“ Kriegen unterscheiden. „Festung Europa – Militarisierung mit

Todesfolge“ nannte sich die Arbeitsgruppe von Elias Bierdel, der sich die ganze Woche hindurch nachmittags mit FRONTEx, den Ursachen und seinen Folgen beschäftigte. Elfriede Schachner warf gemeinsam mit einigen NGO-Vertreterinnen und -Vertretern einen Blick auf die „vergessenen Kriege“. Neben Andreas Zumach sprachen Irene Jancsy und Andreas Papp von Ärzten ohne Grenzen über ihre Erfahrungen von Medien und Kriegen, Manfred Sauer von der österreichischen Sektion der Friedensnobelpreisträgerorganisation IPPNW referierte über Anti-Personen-Minen und ihre Rolle im aktuellen Kriegsgeschehen und Simon Hartmann (ÖFSE) diskutierte den Zusammenhang von Krieg und Rohstoffen am Beispiel Kongo. Johannes M. Becker (Zentrum für Konfliktforschung der Universität Marburg) spürte im Workshop 5 den „vergessenen Kriegen“ Frankreichs vom klassischen Kolonialismus bis zur Führungsrolle in der EU nach. Werner Ruf (Universität Kassel) wählte für die Diskussionen seiner Arbeitsgruppe die Fallbeispiele Algerien, West-Sahara und Kongo, um diese kritisch an Hand von Konzepten wie „Staatszerfall“ oder die „Responsibility to Protect“ unter die Lupe zu nehmen. Bereits zum 5. Mal fand unter der Leitung von Paul Riener und Moritz Moser der JungforscherInnenworkshop statt. 15 Studierende und junge Forschende österreichischer und deutscher Universitäten präsentierten ihre Arbeiten zum Thema. Darunter fanden sich Vorträge zu den Konflikten in Sri Lanka, Darfur, Nigeria, Belutschistan, Tschetschenien, Transnistrien oder Berg-Karabach. Volker Matthies von der Universität Hamburg stellte seiner 9. Arbeitsgruppe die alte Lebensweisheit „Vorbeugen ist besser als heilen“ voran und beschäftigte sich mit Modellen der Krisenprävention.

„War nicht Friede das Ziel?“

Am Mittwoch Abend drehte sich das Gespräch mit dem bekannten Schriftsteller und Hölderlin-Preisträger Robert Menasse vor allem um Fußball, Nationalismus und die Europäische Union. Für viele Teilnehmerinnen und Teilnehmer war dies eine willkommene Auflockerung zum dichten wissenschaftlichen Programm dieser Arbeitswoche. Der vom Gesprächsleiter Wolfgang Machreich gesetzt Schwerpunkt erklärte sich u.a. durch das parallel laufende WM-Spiel von Deutschland gegen Spanien. Der Ballsport sei für ihn, so Menasse, kein bloßes Nationalismusventil, es gehe vielmehr um ein Gefühl der Vertrautheit zwischen Fan und Spieler. Nationalstaatliche Identifikationen seien mitunter im Übergang zu einer

gesamteuropäischen Identität begriffen. Dennoch sei nicht jeder Nationalismus derselbe. Der österreichische Nationalismus etwa sei nicht so unschuldig wie der amerikanische und nicht so reflektiert wie der deutsche. Das Projekt Europäische Union beurteile er mittlerweile positiver als früher. Die Bürokratie sei hervorragend, sie werde nur durch den „politischen Sondermüll“ behindert, den man auf die Kommissarposten setze. Die Union habe zwar ein Demokratiedefizit, man müsse aber den Begriff der Demokratie selbst neu diskutieren. Der Schriftsteller bleibt bei seiner Kritik an der Aufrüstungsverpflichtung der EU in ihrem neuen Vertrag. In einem Essay schrieb er darüber: „War nicht Friede das Ziel?“

Großes Burgfest und Kulturprogramm

Traditionellerweise ging der letzte Abend mit dem mit Spannung erwarteten Großen Burgfest im Hof der Burg Schlaining zu Ende. Dieses Jahr begeisterte „Sekelela“ mit Musik aus dem südlichen Afrika. Das Publikum holte die Band mit Applaus mehrfach zurück auf die Bühne. Nach dem Konzert feierte Georg Schober mit seinem DJ-Set eine lange regenfreie Nacht und eine langsam zu Ende gehende Sommerakademie.

Am nächsten und letzten Morgen fand traditionell der ökumenische Friedensgottesdienst in der Burgkapelle unter der Leitung von Dechand Ndubueze Fabian Mmagu und Alois Reisenbichler (ChristInnen für die Friedensbewegung) statt. Thema des Gottesdienstes war das Engagement von Christinnen und Christen gegen Rassismus und für Solidarität mit Flüchtlingen.

Im Laufe der Akademiewoche wurden zudem zeitkritische Cartoons von Walter Lach im Rittersaal sowie Exponate der Ausstellung „Signale für eine bessere Welt“ von Carlos Daniel Flores Millones in der Ganggalerie des Konferenzentrums gezeigt.

Der Filmabend beschäftigte sich mit Kriegen und Konflikten in Algerien, dem Nahen Osten sowie Kolumbien.

Publikationen

Noch vor Weihnachten 2010 ist die Erscheinung des Buches zur Akademie mit Beiträgen aller Vortragenden in der Publikationsreihe „Dialog – Beiträge zur

Friedensforschung“ geplant.⁴ Die Ergebnisse des JungforscherInnenworkshops werden in der Reihe SAFRAN „Schlaininger Arbeitspapiere für Friedensforschung, Abrüstung und Nachhaltige Entwicklung“ veröffentlicht.⁵ Workshopzusammenfassungen, Power-Point-Präsentationen und eine Fotogalerie können kostenlos im Internet downgeloadet werden.⁶

© Fotos: Alois Reisenbichler, Paul Riener und Thomas Roithner

⁴ Das Buch erscheint im LIT-Verlag, wird etwa 350 Seiten umfassen und 9,80 Euro zzgl. Porto kosten. Es kann unter aspr@aspr.ac.at bereits jetzt vorbestellt werden.

⁵ Die Publikation erscheint im ÖSFK-Verlag und kann ab Dezember 2010 unter <http://www.aspr.ac.at/sak2010/safran08.pdf> kostenlos abgerufen werden.

⁶ Siehe dazu <http://www.aspr.ac.at/sak/SAK2010/sak2010.htm>